

## NACHRICHTEN

**Baschar el Assad bald Präsident?**

DAMASKUS: Das syrische Parlament hat am Dienstag Baschar el Assad zum Präsidentschaftskandidaten bestimmt. Der 34-Jährige war gleich nach dem Tod seines Vaters Hafis el Assad als dessen Nachfolger als Staatschef nominiert worden. Das Parlament musste seiner Kandidatur noch zustimmen, bevor dann die Bevölkerung in einem Referendum über den neuen Staatschef abstimmt. Der Sieg Assads bei der Volksbefragung gilt als sicher. Die Abstimmung im Parlament war um einen Tag verschoben worden, da sich am Montag unerwartet viele Abgeordnete auf die Rednerliste eingetragen hatten.

**WK II: Alliierte im Kreuzfeuer der Kritik**

NEW YORK: Der britische und der US-Geheimdienst haben von Plänen der Nazis gewusst, italienische Juden in Konzentrationslager zu deportieren. Sie versäumten es aber, die Betroffenen rechtzeitig zu warnen. Historikern wurden am Montag im US-Nationalarchiv in Washington entsprechende Dokumente des US-Geheimdienstes zugänglich gemacht. Danach hörte der britische Geheimdienst 1943 den Funkverkehr der SS zwischen Rom und Berlin ab. Die Nachrichten wurden dechiffriert und die Amerikaner über den Inhalt informiert.

Sowohl die britische als auch die US-Regierung hätten genügend Zeit gehabt, etwas zur Rettung der Juden zu unternehmen, sagte der Historiker Timothy Naftali von der University of Virginia der Nachrichtenagentur Reuters.

Die Alliierten hätten etwa über den britischen Rundfunksender BBC eine allgemeine Warnung verbreiten können, ohne offenlegen zu müssen, dass ihnen die Entzifferung des deutschen Codes gelungen sei.

Dies geschah aber nicht. Die Dokumente belegen laut Naftali, dass sich die alliierten Geheimdienste vor allem auf das Sammeln und Katalogisieren der Funksprüche konzentrierten, anstatt die Informationen zur Hilfe für die Juden zu nutzen.

**UNHCR suspendiert Operationen in Angola**

GENÈVE: Das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hat seine Hilfsprogramme im Norden Angolas praktisch eingestellt. Die Sicherheitslage habe sich verschlechtert, sagte UNHCR-Sprecher Kris Janowski am Dienstag in Genf. Das UNHCR hatte erst vor wenigen Wochen Hilfsprogramme in der Provinz Uige im Nordwesten Angolas begonnen. Nach Angriffen von UNITA-Rebellen auf zwei Städte in der Nähe von Uige am 20. Juni seien die UNHCR-Mitarbeiter in einem zwei Kilometer grossen Radius der Stadt blockiert, sagte Janowski.

**Strassburger Bürgermeister tot**

STRASSBURG: Der frühere Präsident des Europaparlaments und langjährige Oberbürgermeister von Strassburg, Pierre Pflimlin, ist am Dienstag im Alter von 93 Jahren gestorben. Dies gab seine Familie in Strassburg bekannt. Der christdemokratische Politiker aus dem nordfranzösischen Roubaix war 24 Jahre Oberbürgermeister der Stadt Strassburg (1959 bis 1983). Nach 1946 war Pflimlin als Minister mit verschiedenen Ressorts betraut. Unter Staatspräsident René Coty amtierte er 1958 zwei Monate lang als Premierminister. Pflimlin war ein überzeugter Europäer, der bis ins hohe Alter Witz und Schlagfertigkeit behielt.

**Präsident Schuster in kritischem Zustand**

BRATISLAVA: Der slowakische Staatspräsident Rudolf Schuster ist weiter in kritischem Zustand. Das berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Slovakia am Dienstag in Bratislava unter Berufung auf die behandelnden Ärzte in einem aktuellen Bericht.

Vorhersagen über den Krankheitsverlauf in den nächsten Stunden seien schwierig, sagten die Mediziner am Morgen.

Schuster war letzte Woche nach einem Darmdurchbruch zwei Mal operiert worden. Dabei hatte es schwere Komplikationen durch eine Lungenentzündung und ein Blutgerinnsel gegeben, so dass ein Luftröhrenschnitt notwendig wurde. Seitdem liegt Schuster in künstlichem Schlaf und wird auch künstlich beatmet.

**Putschisten bleiben hart**

Fidschi-Inseln: Militär forderte die Aufständischen auf, die Krise binnen 24 Stunden zu beenden

SUVA: Die Rebellen auf den Fidschi-Inseln haben ein Ultimatum der Militärregierung zurückgewiesen. Das Militär hatte die Aufständischen am Dienstag aufgefordert, innerhalb von 24 Stunden ein Abkommen zur Beendigung der Krise zu unterzeichnen.

Andernfalls werde die Armee ohne sie über die Bildung einer neuer Regierung entscheiden, sagte Militärsprecher Filipo Tarakinikini am Dienstag in der Hauptstadt Suva. Putschistenführer George Speight wies die Forderung umgehend zurück. Er weigere sich, innerhalb dieser Frist ein Abkommen über die Bildung einer Zivilregierung zu unterzeichnen, sagte Speight.

**Keine gewaltsame Befreiung**

Eine gewaltsame Befreiung der 27 Regierungmitglieder und Abgeordneten, die von den Putschisten im Parlament festgehalten wurden, schloss Militärsprecher Tarakinikini aus. Speight warnte die Armee indirekt vor einer gewaltsamen Lösung. Mit einem Militäreinsatz würde die Armee «den Hass der Bevölkerung» auf sich ziehen, sagte der Putschistenführer. Der Geschäftsmann Speight und eine Gruppe von Anhängern hatten das Parlament am 19. Mai gestürmt und den indischstämmigen Regierungschef Mahendra Chaudhry sowie Minister und



Rebellen bei der Ausbildung: Die Aufständischen haben ein Ultimatum abgelehnt.

(Bild: Keystone)

Abgeordnete als Geiseln genommen. Wegen des Putschversuchs riss das Militär wenige Tage später die Macht an sich. Die Putschisten verlangen eine neue Verfassung, in der den Fidschi-Ureinwohnern die

Macht zugesichert werden soll. Ausserdem ist umstritten, wer über die Nachfolge für den im Verlauf des Putsches zurückgetretenen Präsidenten Ratu Sir Kamisese Mara entscheidet.

**Die Avantgarde der EU**

Chirac in Deutschland: Selbstbewusster Auftritt vor Schröder und Fischer

BERLIN: Frankreichs Präsident Jacques Chirac sieht in seinem Land und Deutschland die «Avantgarde» der Europäischen Union. «Nur sie vermögen Europa voranzubringen», sagte er am Dienstag in einer Rede vor dem deutschen Parlament (Bundestag) in Berlin.

Chirac rief weitere EU-Staaten auf, sich an dieser vertieften Zusammenarbeit zu beteiligen. Diese solle durch ein Sekretariat koordiniert werden. Chirac plädierte ferner für die spätere Ausarbeitung einer europäischen Verfassung. Zudem schlug er mehrere konkrete Schritte zur Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft vor.

Chirac sprach als erster ausländischer Staatschef vor dem deutschen Parlament seit dessen Umzug nach Berlin vor einem Jahr. Der französische Präsident hält sich seit Montag zu einem Staatsbesuch in Deutschland auf.

Parlamentspräsident Wolfgang Thierse nannte die Einladung Chiracs einen Beleg für den Wunsch, dass die deutsch-französische Freundschaft «dauerhaft» sein möge. Er dankte dem Staatsgast, dass sich dieser immer für die deutsche Wiedervereinigung eingesetzt habe. Thierse hob zugleich hervor, dass Deutschland und Frankreich der «Motor der europäischen Einigung» seien.



Jacques Chirac (rechts) und Joschka Fischer üben sich in Einigkeit.

**Hungerstreik in Ecuador**

QUITO: Über 180 Lehrkräfte haben am Montag (Ortszeit) in Ecuador mit einem Hungerstreik gegen die Festnahme des Vorsitzenden der nationalen Lehrergewerkschaft, Aracelly Moreno, protestiert. Moreno soll vergangene Woche an einer Streikveranstaltung Ecuadors Präsident Gustavo Noboa beleidigt haben. Hintergrund des Konflikts ist ein seit zwei Monaten andauernder Streik der Lehrer an Ecuadors staatlichen Schulen. Die Gewerkschaften fordern höhere Löhne. Den ursprünglich 40 Hungerstreikenden schlossen sich bis Montag in mehreren Städten 140 Lehrer und Gewerkschafter an.

**Aids: Die Weltkatastrophe**

UNO stellt düstere Prognose in Genf: Die Immunschwäche grassiert in der Dritten Welt weiter

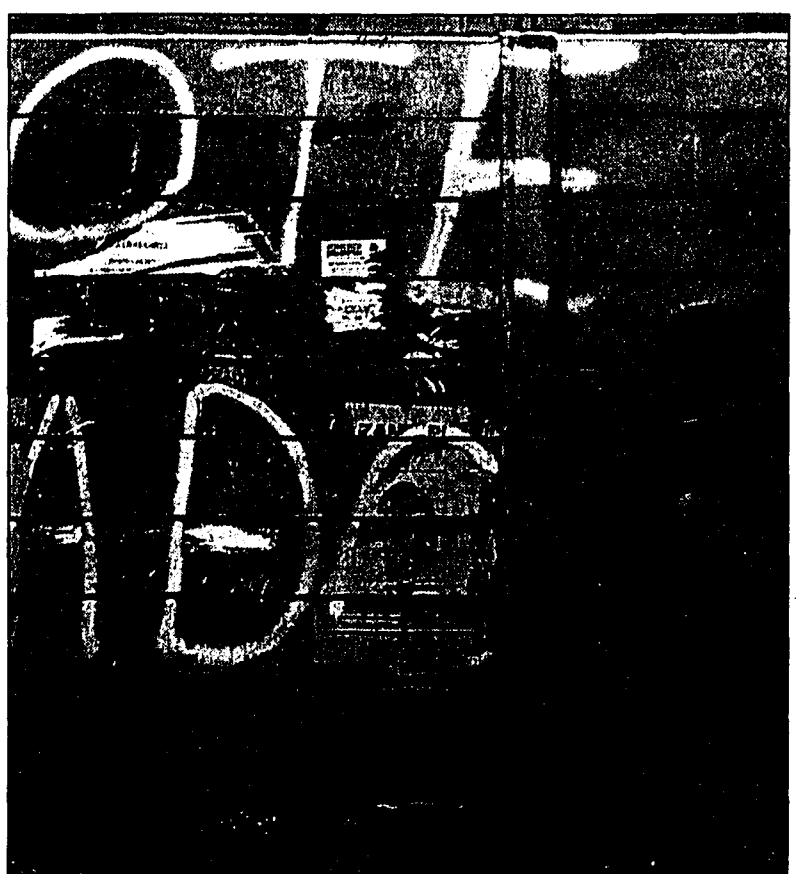
GENÈVE: Mehr als ein Drittel aller Teenager in den von Aids am meisten betroffenen Ländern werden an der Immunschwächekrankheit sterben. Diese düstere Prognose stellt ein am Dienstag in Genf veröffentlichter Bericht des UNO-Aids-Programms (UNAIDS).

Seit Ausbruch der Epidemie vor rund 20 Jahren sind bereits 18,8 Millionen Menschen an Aids gestorben, darunter 3,8 Millionen Kinder. 24,5 Millionen der derzeit weltweit rund 34,3 Millionen HIV-Infizierten leben in Schwarzafrika. Die Zahl der Aids-Waisen schätzt die Organisation auf insgesamt 13,2 Millionen Kinder.

**Rascher Anstieg in Afrika**

In Afrika steige die Zahl der Neinfektionen rapide an, heisst es in dem Bericht. Allein im letzten Jahr steckten sich nach UNO-Angaben auf dem Kontinent vier Millionen Menschen mit dem HI-Virus an. In 16 Ländern Schwarzafrikas haben sich bereits zehn oder mehr Prozent aller 15- bis 49-jährigen mit Aids angesteckt.

Die höchste Aidsrate weist Botswana auf, wo inzwischen jeder dritte Erwachsene infiziert ist. Zwei Drittel aller heute 15 Jahre alten Knaben würden dort frühzeitig an



Wie in so vielen Bereichen sind es auch bei Aids immer die Ärmsten der Armen, die ganz besonders leiden.

(Bild: Keystone)

Aids sterben, warnt die UNO-Organisation. Auch in Südafrika und Simbabwe, wo ein Fünftel oder ein Viertel aller Erwachsenen infiziert

ist, werde Aids die Hälfte aller 15-Jährigen dahinraffen.

Die Massnahmen gegen Aids müssten drastisch verstärkt werden,

forderte UNAIDS-Direktor Peter Piot. Sonst sei die heutige Situation noch harmlos im Vergleich zur Zukunft. Aids könne Jahrzehnte nationaler Entwicklung zunichte machen. In Sambia etwa starben 1998 in den ersten zehn Monaten des Jahres 1300 Lehrer an Aids. Dies entspreche Zweidrittel aller neu ausgebildeten Lehrer pro Jahr in dem afrikanischen Land, betont der Bericht.

Uganda gelang es als einzigem Land in Schwarzafrika, mit umfangreichen Verhütungskampagnen den Anteil der HIV-Infizierten von 14 Prozent zu Beginn der neunziger Jahre auf derzeit acht Prozent zu reduzieren. Auch in Sambia ging in der Hauptstadt Lusaka die Zahl der 15 bis 19-jährigen Mädchen, die mit Aids infiziert sind, in den letzten sechs Jahren um fast die Hälfte zurück.

**Infizierte Drogensüchtige in Osteuropa**

In Westeuropa gab es bis Ende 1999 nach UNAIDS-Angaben rund 520 000 Aids-infizierte Menschen. Die höchste Zahl weist Frankreich mit 130 000 Infizierten auf, gefolgt von Spanien mit 120 000 Betroffenen. In der Schweiz lebten Ende 1999 rund 17 000 Menschen mit HIV, 150 Infizierte starben an Aids.